

In der Welt hat es sich herumgesprochen, bemerkte Walter Ulbricht auf dem Kongress der Nationalen Front, daß das "deutsche Wunder", das sich in unserer Republik ereignet hat, nicht einfach ein "Wirtschaftswunder" ist, sondern vor allem in der großen Wandlung der Menschen besteht. In der Tat, der größte Erfolg der 20jährigen Geschichte unseres Staates ist die sich entwickelnde politisch-moralische Einheit des ganzen werktätigen Volkes, die im Werden begriffene sozialistische Menschengemeinschaft. Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, Lebenserfahrung und Weltanschauung - Arbeiter und Bauern, Geistesgeschaffende und Angehörige des ehemaligen Mittelstandes, Marxisten und Christen - sie alle fanden in unserem Staat ihre politische und geistige Heimat. Sie sind zu Trägern und Mitgestaltern seiner gesellschaftlichen Ordnung geworden.

Damit sind nicht nur klassische humanistische Ideale realisiert wie das vom freien Volk auf freiem Grunde; hier ist eine Feststellung getroffen, die weit über einen Bereich des Moralisch-Ethischen hinausreicht. Denn indem wir zwei Jahrzehnte nach ihrer Gründung voller Stolz die DDR als den stabilsten Staat neuerer deutscher Geschichte bezeichnen, haben wir zugleich die politisch-moralische Einheit ihres Staatsvolkes als eine Säule dieser politischen Beständigkeit im Blick. Wenn wir von der Position der DDR als festes Glied der sozialistischen Staatengemeinschaft sprechen, berufen wir uns auch darauf, daß Völkerfreundschaft, sozialistischer Internationalismus und unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion Geistes- und Lebenshaltung aller Kreise unserer Bevölkerung wurden. Unser Vaterland, wissen wir, kann den maximalen Beitrag im weltumspannenden Klassenkampf mit dem Imperialismus leisten, weil zu ihm eine dem Sozialismus ergebene, leistungsfähige Menschengemeinschaft heranwächst.

Die sozialistische Menschengemeinschaft, ihr Entstehen und ihre künftige Gestalt, ist zutiefst verankert in der neuen sozialen und Klassenstruktur der DDR. Wie diese ist sie Ergebnis langdauernder, bewußt gelenkter historischer Prozesse unterschiedlicher Qualität, die - seit Jahrzehnten vorbereitet im politischen Konzept der KPD - von der antifaschistisch-demokratischen Revolution eingeleitet wurden. Diese Umwälzung liquidierte die imperialistischen Klassenkräfte und führte die Arbeiterklasse an die politische Macht heran. Als die SED den Übergang zur sozialistischen Revolution konzipierte, war sie bestrebt, auf der Grundlage der Herrschaft der Arbeiterklasse über die werktätige Bauernschaft hinaus weiteren sozialen Schichten, auch Teilen der Kapitalistenklasse, eine Perspektive im Sozialismus zu eröffnen. Bereits in der letzten Klappe der antifaschistisch-demokratischen Ordnung konstatierte die Parteiführung, daß der weitere Weg nicht über die Entzugskapitalistischer Betriebe führt, sondern die vorrangige Forderung der Volkswirtschaft erfordert, um dem spezifischen Gewicht im ökonomischen Wettbewerb mit den privaten Sektoren zu erhöhen. An der Wende zu den 50er Jahren begann die eben erst geborene Arbeiter-und-Bauern-Macht, mittels eines Vertrauenssystems private Betriebe in die Wirtschaftspläne einzubeziehen. Der 1. Planjahresplan brachte, nachdem die volkswirtschaftliche Industrie ihre Überlegenheit nachgewiesen hatte, auch für die handwerkliche und kapitalistische Produktion planmäßig einen bedeutenden Zuwachs. Im Verlaufe der über Jahre arbeitete die SED in dem Maße, wie der Entscheid der Frage "Wer-Wen?" innerhalb der DDR heranreife, die konkreten Formen und Methoden aus, um die Handwerker über die genossenschaftliche Produktion, die privaten Einzelhändler durch Kommis-sionsverträge, die Großbauern über den Eintritt in die LPG und die Unternehmer durch Aufnahme staatlicher Beteiligung an sozialistische Produktionsverhältnisse heranzuführen, sie in die grundlegende Erneuerung aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse einzubeziehen. Gestützt auf das Klassenbündnis mit den Genossen-

Dr. Gottfried Dittrich:

Sozialistische Menschengemeinschaft und Arbeiterklasse

20 Jahre DDR - Triumph des Sozialismus auf deutschem Boden 5

schafts- und werktätigen Bauern, unter aktiver Teilnahme weiterer sozialer Kräfte, führte die Arbeiterklasse eintrags der über Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege. Mit dieser Überwindung des antagonistischen Klassengegensatzes zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten war das Fundament der sozialistischen Menschengemeinschaft in der DDR gelegt.

Aufhebung des Klassenantagonismus im Rahmen eines Landes - das ist keinesfalls ideologisch mit dem Auflösen und Überschreiten der Klassengrenzen, mit einem "Absterben" der Klassen. Auf diesem Stande der historischen Entwicklung eine Vereinigung der Klassen und Schichten, eine Überwindung der "Klassenbeschränktheit" als aktuelle Aufgabe proklamieren, kann objektiv nur bedeuten, die Führungsfunktion der Arbeiterklasse und ihrer Partei theoretisch auszubauen und politisch anzugreifen. Das entwickelte Gesellschaftssystem des Sozialismus ist klassenmäßig gegliedert; der Sozialismus als relativ eigenständige sozialökonomische Formation stellt eine ausbeutungsfreie, nichtantagonistische Klassengesellschaft dar. Die Menschengemeinschaft der DDR bildet kein gleichförmiges, homogenes Ganzes - ihr Kern, ihre führende Kraft ist die Arbeiterklasse.

Dank des von dieser Klasse herbeigeführten Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer Führungsrolle wirkt in unserer Gesellschaft die Tendenz einer allmählichen Annäherung der Klassen und Schichten, des Wachstums der politisch-moralischen Einheit, die perspektivisch - über lange Fristen, - auch zur sozialen Einheit der Bevölkerung führen wird. Jedoch läuft diese Annäherung nicht auf ein allgemeines Nivellieren aller Klassenkräfte hinaus, sondern es handelt sich um deren Näherücken an die fortschrittlichste Klasse, um ihre Annäherung an die Arbeiterklasse als den Kern des sozialistischen Volkes.

Von diesen Überlegungen läßt sich die SED in ihrer gesellschaftsprognostischen und planenden Tätigkeit wie bei ihren täglichen politischen Entscheidungen lernen. So führte Walter Ulbricht auf dem VII. Parteitag aus: "Wir halten uns an die Grundthesen des Marxismus-Leninismus, wonach die Produktivkräfte das revolutionärste Element der Entwicklung sind. Ihnen muß der Charakter der Produktionsverhältnisse entsprechen. Während früher die Entwicklung der Produktivkräfte selbst relativ langsam vor sich ging, ist sie jetzt durch ein stürmisches Wachstumstempo gekennzeichnet. Das berührt zutiefst auch die Entwicklung der Klassen in unserer sozialistischen Gesellschaft."

Die Arbeiterklasse ist am unmittelbarsten am engsten mit den modernen Produktivkräften in Gestalt der sozialistischen Großproduktion verbunden. (So ist bereits gegenwärtig im laufenden Prozeß der Pro-

duktion unserer Volkswirtschaft, ein Drittel aller Industriearbeiter in den modernen, für die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution maßgeblichen Industriezweigen tätig.) Damit weist sie als Klasse einen höheren Vergesellschaftungsgrad auf als alle anderen sozialen Kräfte. Hier liegt die entscheidende objektive Ursache ihrer führenden Rolle innerhalb der sozialistischen Gesellschaft; hieraus entspringen ihre Fähigkeiten, die Gesamt- und Zukunftsinteressen dieser Gesellschaft vermittelnd der Partei am umfassendsten und konsequentesten wahrzunehmen und zu realisieren, ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation und zu ihrer selbständigen Weiterentwicklung als Klasse.

Das rasche allseitige Wachstum der Produktivkräfte und die Entfaltung der neuen Produktionsverhältnisse im Übergang zum entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus bringen zugleich eine Erhöhung des Vergesellschaftungsgrades der Klasse der Genossenschaftsbauern sowie der anderen Schichten mit sich - die objektive historische Grundlage ihrer weiteren Annäherung an die Arbeiterklasse.

Das Erfassen dieser inneren Struktur und der Entwicklungstendenzen unserer sozialistischen Menschengemeinschaft ist politisch außerordentlich bedeutsam. "An Hand der Erfahrungen unserer langjährigen erfolgreichen Praxis", unterstreicht Walter Ulbricht in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Akademie für Staat und Recht, "können wir feststellen: Die Entwicklung eines sozialistischen Landes hängt in erster Linie davon ab, wie durch die marxistisch-leninistische Partei die politische Macht der Arbeiter und Bauern festgelegt wird, wie sie versteht, die Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft zu fördern." Uns bestätigt dieses unfehlbare Kriterium 20jähriger historischer Praxis, daß die SED stets erfolgreich vom Boden einer wissenschaftlichen Analyse der sozialen Wirklichkeit aus eine schöpferische, marxistisch-leninistische Politik erarbeitet, um den Klassenkampf um die Frage "Wer - Wen?" in der DDR siegreich zu führen, die Bündnisbeziehungen der Arbeiterklassen in der Übergangsperiode zu organisieren und die sozialistische Menschengemeinschaft zu gestalten. Das bezugnehmend die qualitativen Wandlungen im Charakter der Klassen und Schichten sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen, die der Stabilität unserer Staatsmacht zugrunde liegen. In einem hochindustrialisierten Land, unter den Bedingungen seiner spezifischen Klassenstruktur, vollbrachte unsere Partei damit eine Pioniertat für die kommunistische Weltbewegung.

Aber das gleiche unerbittliche Kriterium der geschichtlichen Praxis weist auch aus, daß Fehleinschätzungen der sozialistischen Klassenstruktur und ihrer Gesetzmäßigkeiten - wie die faktische Proklamierung eines "Absterbens" der Klassen - die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei untergraben, dem Revisionismus auch in einem sozialistischen Lande Einfluß einräumen und den Erfolg der sozialistischen Revolution ernsthaft gefährden können.

In ihrer heutigen Gestalt und Reife ist die sozialistische Menschengemeinschaft der DDR nicht fertiges Produkt eines abgeschlossenen Geschichtsprozesses. Wir befinden uns noch auf dem Wege, wir sind - wie Walter Ulbricht auf dem Nationalkongress begründete - bei weitem noch nicht an seinem Ende angelangt. Ihre Entwicklung ist und bleibt gemeinsames Anliegen aller Bürger der DDR.

Mit der sozialistischen Menschengemeinschaft formen wir die sozialen und zwischenmenschlichen Beziehungen des entwickelten Systems des Sozialismus als eigenständiger Gesellschaftsformation - hier deutet sich an, daß wir es mit weit in die Zukunft reichenden Zeiträumen zu tun haben.

Wie die Grundlagen dieser Gemeinschaft im bewußten Ringen der von der SED geleiteten Arbeiterklasse entstanden, so vollzieht sich auch ihre weitere Entwicklung nicht als spontaner Prozeß. In der Diskussion über die sozialistische Verfassung arbeitet die Parteiführung diese Erkenntnis klar heraus. Wir gehen davon aus, daß die sozialistische Staatsmacht als wichtigstes Instrument und entscheidende Organisationsform der Arbeiterklasse wirkt, mit deren Hilfe sie die neuen, sozialistischen Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten - Beziehungen der Gemeinschaft, der Zusammenarbeit und Annäherung - weiter festigt. Eine Fülle täglich zu beobachtender Erscheinungen bestätigt, wie die Staatsmacht der DDR diese ihre Funktion realisiert: die Schaffung des Teilsystems Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, verbunden mit den sich entfaltenden Kooperationsbeziehungen zwischen den LPG, bewirkt und leitet z. B. die Annäherung der Genossenschaftsbauern an die Arbeiterklasse.

Die sozialistische Menschengemeinschaft, ihr Werden und ihr weiterer Weg, beweist, daß die bisherige Menschheitsgeschichte keine Klasse hervorgebracht hat, die sich in ihrer gesellschaftsgestaltenden Schöpferkraft mit der Arbeiterklasse messen könnte. Nach dem Sturz der Ausbeuterordnung verwirklicht sie mit dem von ihr begründeten System sozialistischer Klassen und Schichten, der Grundlage unserer Menschengemeinschaft, auf einer neuen Stufe ihre historische Mission.

- Anmerkungen**
1. Ulbricht, Walter, Unser guter Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft, in: ND vom 22. Februar 1969, S. 3.
 2. 20 Jahre DDR, Thesen, in: ND vom 16. Januar 1969, S. 4, Thesen VI.
 3. Vgl. Ulbricht, W., 20 Jahre DDR - Triumph des Schöpfertriums der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes, in: UZ 17/69, S. 3.
 4. Ulbricht, W., Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Schlußbesprechung, Berlin 1968, S. 39 f.
 5. Vgl. Ulbricht, W., Die Rolle der sozialistischen Staatsmacht bei der Gestaltung des entwickelten sozialistischen Systems des Sozialismus, in: ND vom 16. Oktober 1963, S. 4.
 6. Ebdem.
 7. Vgl. Ulbricht, Walter, Unser guter Weg...
 8. Vgl. Ulbricht, Walter, Die Verfassung der sozialistischen Staatsmacht, in: ND vom 1. Februar 1962, S. 4.



NEU BEI DIETZ

Günther Lingott
Sozialistische Demokratie im Betrieb - rational gestaltet
Dietz Verlag Berlin, 1969, 96 Seiten, 3 Anlagen, Broschüre 1,80 Mark

Den Gewerkschaften in den Betrieben, Leitungsabteilungen und Belegschaftsmittgliedern wird diese Broschüre eine große Hilfe sein, um zu einem geschlossenen System der Organisation von Wettbewerb, Massenbewegungen und Verwirklichung des Planes zu kommen.

Lothar Wunderlich
Netzplantechnik für den Leiter
Grundlagen - Beispiele - Übungsaufgaben
Dietz Verlag Berlin, 1969, 136 Seiten, Mit 44 Tabellen und 67 Abbildungen, Broschüre 2,20 Mark

Der Wert vorliegender Broschüre wird dadurch charakterisiert, daß sie nicht für Spezialisten der Netzplantechnik geschrieben ist, sondern Führungskräfte in die Lage versetzt, das wissenschaftliche Instrumentarium dieses Teilgebietes der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaft zu nutzen. Der Autor erläutert die Grundlagen der Netzplantechnik, die Zeitplanung bei der Methode des kritischen Weges (CPM) sowie die Zeitplanung bei der Methode PERT. Einen besonderen Abschnitt widmet der Verfasser der Berechnung von Netzwerken mit elektronischen Rechenmaschinen und der Zeitplanung bei anderen Methoden. Eingehend charakterisiert er die Kostenplanung im System der Netzplantechnik und hebt in einem weiteren Abschnitt die Zusammenhang zwischen der Kapazitätsplanung und der Netzplantechnik hervor. Der letzte Teil der Broschüre enthält Lehrbeispiele zur Anwendung der Netzplantechnik aus verschiedenen Bereichen (Forschung und Entwicklung, Investitionsbauwesen, Verwaltungsbereich, Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen, Arbeitsstellen zur Entwicklung eines neuen Erzeugnisses, Kombibildung, Instandhaltung, Vorbereitung einer Ausstellung und Anwendung im Planungsprozeß).

Fernsehdramatik im Gespräch
Theoretische Konferenz des Staatlichen Komitees für Fernsehen beim Ministerrat der DDR, 4. Februar 1969, Dietz Verlag Berlin, 1969, 204 Seiten, Mit 27 Bildern, Broschüre 3,20 Mark (vollständigere Protokolle)

Horst Oswald
Literatur, Kritik und Leser
Dietz Verlag Berlin, 1969, 218 Seiten, Broschüre 5,80 Mark (Reihe "Soziologie")

BONN GREIFT NACH DER BOMBE

Aus dem von den Professoren Max Steenbeck, Klaus Fuchs, Justus Mühlenfordt, Karl Rombusch und Karl A. Alexander unterzeichneten wissenschaftlich-technischen Gutachten über die Schaffung von Voraussetzungen zur Produktion von Kernwaffen in der westdeutschen Bundesrepublik (Vgl. auch UZ 19/69, Seite 7).

3. Mittel und Kader auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik

Bis Ende 1966 wurden in der westdeutschen Bundesrepublik nach offiziellen Angaben vom Bund 3 Mrd. DM und von den Ländern 1,3 Mrd. DM für Kernforschung und kerntechnische Entwicklung ausbezahlt. Für das westdeutsche Atomprogramm von 1963 bis 1967 stellte die Bundesregierung 2,5 Mrd. DM zur Verfügung. Die jährliche Zuwachsrate betrug dabei 20 Prozent. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gab 1967 329,8 Mio. DM bei einem Gesamtetat von fast 17 Mrd. DM für die Kernforschung und Kerntechnik aus. Die Ausgaben des Bundesministeriums für diesen Zweck haben im Jahre 1964 die Ausgaben der staatlichen Atomenergiebetriebe überholt.

Bis Ende 1966 waren in den Kernforschungszentren und Gesellschaften der westdeutschen Bundesrepublik 8900 Mitarbeiter beschäftigt. Die durchschnittlichen Zuwachsraten lagen zwischen 1960 und 1966 höher als 70 Prozent. In der Industrie arbeiten zu gleicher Zeit auf diesem Gebiet etwa 2000 Personen, insgesamt also über 10.000. Im Vergleich dazu beschäftigten Ende 1964 die französischen Kernforschungszentren und andere Kernforschungsrichtungen im Bereich der friedlichen und militä-

tärischen Kernforschung 25.000 Mitarbeiter. Es ist zu erwarten, daß dieser Stand in der westdeutschen Bundesrepublik etwa 1970 erreicht wird.

4. Vorkommen von Natururan, Anlagen zur Erzaufbereitung und Verarbeitung der Konzentrate

In der westdeutschen Bundesrepublik wurden mit einem relativ geringen Aufwand bisher Vorkommen von rund 100 t Natururan festgestellt, während die möglichen Vorräte auf etwa 10.000 t geschätzt werden. Die Ausgaben für Prospektierung wurden 1966 und 1967 wesentlich erhöht, 1966 waren 30 bis 40 Geologen in der Uranaube beschäftigt. Obwohl nach Angabe des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung Stoltenberg, vor 1973 kein Uran abgebaut werden wird, soll mit der Erarbeitung der Vorkommen schon jetzt begonnen werden, um die Voraussetzungen für einen möglichen späteren Abbau zu klären. In Menzschwand (Schwarzwald) sind die Schürfarbeiten soweit vorangeschritten, daß erforderlichenfalls ohne großen Zeitverlust mit der Uranförderung begonnen werden kann.

Angesichts der bekannten Weltvorräte von über einer halben Million Tonnen billigen Urans sind diese Zahlen nicht bedeutend. Als Rohstoffbasis für ein ziviles Atomenergieprogramm sind diese Vorräte völlig unzureichend. Die Bundesrepublik ist auf Uranimport aus Kanada, den USA, Großbritannien oder Südafrika angewiesen. Die westdeutsche Regierung bemüht sich besonders um den Ankauf von Uranerz aus Staaten wie Südafrika, die keine Garantien für die ausschließlich friedliche Nutzung des

gelieferten Urans fördern. So fließt seit 1967 Uranerz aus Südafrika in die westdeutsche Bundesrepublik.

Wenn auch die eigenen festgestellten Vorräte für das vorgesehene Kernkraftwerkprogramm der Bundesrepublik völlig unzureichend sind, so können damit genügend Reaktoren versorgt werden, um eine vom militärischen Gesichtspunkt bedeutsame Menge Plutonium herzustellen. Der Uranbezug aus Südafrika erweitert diese Möglichkeiten wesentlich. Die eigenen mit Sicherheit festgestellten Vorräte ermöglichen den Betrieb von schwerwassermoderierten Natur-Uran-Reaktoren von etwa 600 MW für rund 10 Jahre, ohne auf ausländische Lieferungen und Anreicherungsanlagen angewiesen zu sein.

In Illweiser bei Birkenfeld (Nahe) wird eine Versuchsanlage zur Uranerzverarbeitung betrieben, die jährlich 300 t U₃O₈-Konzentrate herstellen kann. Sie wird durch Ankauf einer Mindestproduktion von 20 t/a aus Bundesmitteln in Betrieb gehalten. Die chemische Aufarbeitung von Konzentraten erfolgt durch Nukem in Wolfgang bei Hanau, wo in einer Anlage mit einer Kapazität von 40 t/a pulverförmiges U₃O₈ oder Uranmetalle hergestellt werden kann. Auch die Kapazität dieser Anlage wird noch nicht voll genutzt. Brennelemente können von Nukem und Siemens-Schuckert hergestellt werden, wofür Kapazitäten bis zu 50 t/a zur Verfügung stehen. Die genannten Anlagen und Rohstoffe reichen aus, um jährlich soviet Natururan zu produzieren, das damit in Schwerwasserreaktoren jährlich über 100 kg Pu erzeugt werden können bzw. über 300 kg, wenn die Kapazität der Anlagen von Nukem entsprechend erweitert wird.

In den letzten Jahren ist die Geschäftigkeit von Seiten der Bundesrepublik aufgetaut, eine von der

Einflußnahme von Euratom unabhängige Bezugsquelle von Uran zu sichern. Nachdem durch die Interessenvertretung der kerntechnischen Industrie, das Deutsche Atomforum, die Forderung erhoben wurde, marktwirtschaftliche Grundsätze für die Versorgung von Uranerzern und Kernbrennstoffen durch die Euratom-Agentur anzuwenden, beschloß der Bundestag am 12. 3. 1965, die Bundesregierung zu ersuchen, daß die Vorschriften über die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen so gestaltet werden, daß die Tätigkeit der Agentur sich auf beobachtende, beratende, vermittelnde und ähnliche Funktionen beschränkt, solange keine ausgesprochene Mangellage auf dem Gebiet der Versorgung eintritt. (Deutscher Bundestag - 4. Wahlperiode, Drucksache IV/3123).

Das zwischen Euratom und den USA abgeschlossene Abkommen wird von Frankreich seit dem 1. 1. 1965 nicht mehr anerkannt. In Westdeutschland wird selbst festgestellt, daß die Vertragsvorschriften in der Praxis liberal gehandhabt werden und daß Westdeutschland weitere Liberalisierungswünsche hat.

Im Zusammenhang mit den im Juli 1966 in Kanada geführten Verhandlungen über die Lieferung von Uranerzern wurde von westdeutscher Seite vermerkt, daß durch überholte Vorschriften der kanadischen Regierung die Uranlieferungen beeinträchtigt werden und daß nach kanadischen Hinweisen eine Änderung dieser Bestimmungen herbeigeführt werden soll. Dabei würde dann eine von bindenden Garantien freie weitere wesentliche Uranquelle zur Verfügung stehen.

UZ 20-21/69, Seite 11